

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausdräger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Nebenblätter 20 Pfennige für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, aus württembergischen 25 Goldpfennige, National-Anzeigen 30 Goldpfennige, amtliche Zeit 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 238

Sonnabend, den 11. Oktober 1924

19. Jahrgang

Die „Volksgemeinschaft“ gescheitert.

Die Deutsche Volkspartei verlangt eine einseitige Erweiterung der Koalition nach rechts. Die Demokraten für die Beibehaltung der bisherigen Regierungskoalition.

Gestern nachmittag fanden die angekündigten Besprechungen des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen statt in denen die Verhandlungen über die Bildung einer Koalition der Volksgemeinschaft fortgesetzt wurden. Die Verhandlungen sind, wie vorausgesehen war, gescheitert, und zwar an der Entschliessung der Deutschnationalen, die sich nicht die Richtlinien des Reichskanzlers zu eigen machten sondern darüber hinaus rein agitatorische Forderungen stellten. Ueber die Besprechungen sind folgende offizielle Mitteilungen ausgegeben worden:

„In der Aussprache, die gestern nachmittag von 4 bis 5 1/2 Uhr zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Fraktionsführern stattfand, wurde von den sozialdemokratischen Unterhändlern erneut betont, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit sei, der vom Reichskanzler auf Grund seiner Richtlinien erstrebten Regierungserweiterung zuzustimmen. Sie heilten indes fest, daß der vorgeschlagene Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit den Absichten des Reichskanzlers unvereinbar sei, und daß sie daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert betrachten.“

„Von 5—5 1/2 Uhr empfing der Reichskanzler die Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei, die Abgeordneten Berg, Graf Westarp, Schiele und Wehren. In dieser Besprechung wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen neuen Lage Kenntnis. Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er nunmehr die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Hinzuziehung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten als erledigt ansehe und sich morgen erneut mit den Parteiführern über den jetzt einzuschlagenden Weg ins Benehmen setzen werde.“

Der Reichskanzler wird heute vormittag zu einer noch nicht festgesetzten Stunde neuerlich die Führer der Koalitionsparteien empfangen um mit ihnen den wei-

teren Weg zu besprechen. Es ergeben sich jetzt drei Möglichkeiten:

1. Das Verbleiben des gegenwärtigen Kabinetts, das nur vervollständigt werden müßte, da Reichsinnenminister Dr. Jarres ausscheidet und auch das Reichsjustizministerium besetzt werden müßte.

2. Verhandlungen über einen Rechtsblock.

3. Auflösung des Reichstages.

Der Reichskanzler dürfte voraussichtlich an die Koalitionsparteien die Frage richten, welcher dieser drei Möglichkeiten sie den Vorzug geben würden.

Die Deutsche Volkspartei hat ihre Meinung schon geäußert. Sie hat durch ihre Führer, die Abgg. Scholz und Curtius dem Reichskanzler mitteilen lassen daß nach ihrer Auffassung nach den Beschlüssen der Sozialdemokraten und Deutschnationalen eine neue Situation geschaffen sei, und daß der Reichskanzler jetzt seine Bemühungen in der Richtung einer Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung einstellen müsse. Demokraten und Zentrum dürften im Gegensatz zur Deutschen Volkspartei die Auffassung vertreten, daß nach dem Scheitern des Gedankens der Volksgemeinschaft das Verbleiben des Kabinetts Marx-Strösemann das Gegebene sei.

Bei dem Widerspruch zwischen der Auffassung der Deutschen Volkspartei und der der Demokraten und des Zentrums wird es darauf ankommen, welche Folgerung die Deutsche Volkspartei ziehen wird. Aus der Ankündigung der Deutschen Volkspartei, sie behalte sich für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen über eine Volksgemeinschaft „Handlungsfreiheit“ vor ist geschlossen worden, daß die Deutsche Volkspartei unter Umständen aus der gegenwärtigen Koalition auspringen und damit das bestehende Kabinett aktionsunfähig machen werde. Sollte sich die Deutsche Volkspartei tatsächlich zu diesem Schritte entschließen, dann würde er zur Auflösung des Reichstages führen.

Parlaments empfahl. Der König genehmigte diesen Antrag und damit steht England von neuem vor Parlamentswahlen.

Vor einer neuen Verbilligungsaktion.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, fanden gestern zwischen den zuständigen Stellen Beratungen über weitere Maßnahmen im Rahmen der Preisabbauaktion statt. Man beabsichtigt zunächst weniger ein direktes Herabdrücken der Preise als vielmehr eine Beruhigung des Preisniveaus. Die zu ergreifenden Maßnahmen werden sich auf drei Gebiete erstrecken. Zunächst geht man mit dem Plan um, mit Hilfe einer Lockerung verschiedener Einfuhrverbote, über die wir kürzlich ausführlich berichtet haben, einen gewissen Einfluß auf die Preisstellung auszuüben. Des Weiteren ist ein Vorgehen auf dem Kredit- und Kartellgebiet ins Auge gefaßt.

Die Aufwertungsfrage

hat in der allerletzten Zeit ein günstigeres Aussehen gewonnen, sodaß zu hoffen ist, daß wenigstens ein Teil der durch die Inflation verloren gegangenen Werte, und zwar der für die breite Bevölkerung wichtigste einer nennenswerten Aufwertung unterworfen werden wird. Es besteht begründete Aussicht, daß sich im Reichstag alle Parteien vielleicht nur mit Ausschluß der Kommunisten und der Nationalsozialisten, auf Anträge einigen werden die sich die Aufwertung der Kriegsanleihen der Hypotheken und der Sparkassenbücher zum Ziele gesetzt haben. Das aber sind die Probleme die in der letzten Zeit am meisten und dringendsten in den Vordergrund getreten sind. Vor allzu hoch gespannten Erwartungen aber muß gewarnt werden, da die finanzielle und wirtschaftliche Lage eine Aufwertung nur in bescheidenen Grenzen gestattet.

Die Zurückziehung der Zollvorlage

wird in Regierungskreisen ernstlich erwogen im Hinblick darauf daß sich die landwirtschaftlichen Verhältnisse infolge des schlechten Ernteaussalles und der hohen Getreidepreise so verändert haben, daß eine Zollbelastung für untunlich angesehen wird. Ob man die Zollvorlage die außer der Erhöhung der Agrarzölle auch noch die Möglichkeit der Erhöhung der Industriezölle und außerdem die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent vorzieht, einfach liegen läßt oder ob man sie förmlich

zurückzieht darüber wird die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer ist bekanntlich im Rahmen des Preisabbauprogramms der Regierung schon vom 1. Oktober ab auf dem Verordnungswege verfügt worden; sie wird auch weiterhin bestehen bleiben.

Die Staatsgefährliche Revue.

Ein heiterer Zwischenfall in Dresden.

Im Dresdner Centraltheater wird seit Anfang des Monats eine Revue „Die Welt im Spiegel“ gegeben worin Deutschland, England und Frankreich Karten gelegt werden, die günstig für Deutschland lauten. Auch steht man die Spitze des Straßburger Wälders, von der einmal wieder die deutsche Fahne wehen würde. Dieser Tatbestand hat den französischen Konsul in Dresden nicht schlafen lassen. Er hat sofort eine Beschwerde beim Ministerium des Auswärtigen gegen diese Darbietung angebracht. Das Ministerium hat daraufhin einen Herrn nach dem Theater entsandt der sich von der Harmlosigkeit der Szene überzeugte und einen entsprechenden Bericht an seine vorgesetzte Behörde gab, so daß die Beschwerde als erledigt betrachtet wurde. Jetzt läßt man weniger über die Revue als Beschwerde über den französischen Konsul, der dem deutschen Hüter französischen Stolzes ausgaß.

Die Anleihe in Amerika

110 Millionen Dollar festgeschrieben.

New York, 9. Okt. Nach der „New York Times“ sind die Vorbereitungen für die Subskription der deutschen Anleihe tatsächlich beendet. Ein Syndikat unter der Führung von Morgan, u. Co., Kuhn, Loeb u. Co., der First Nationalbank und der National Citybank wird den vorgesehenen Anteil von 110 Millionen Dollar übernehmen. Etwa 400 Banken in allen Teilen des Landes, darunter 50 in New York, bewarben sich um die Beteiligung an der Subskription. Die Obligationen werden siebenprozentige Zinskupon haben. Angesichts der Voranmeldungen auf die Obligationen der deutschen Anleihe, die auf eine bedeutende Zeichnung schließen lassen, empfehlen einige Bankiers die Festsetzung eines Preises auf ungefähr 98 Prozent.

London, 9. Okt. Auf eine Anfrage ob alle Alliierten sich an der deutschen Anleihe beteiligen würden sagte Schatzkanzler Snowden, es verlautete, daß Verhandlungen von der deutschen Regierung mit diesem Ziele geführt würden. Er hoffe daß entsprechende Beteiligungen gesichert würden.

Die Völkerbundflagge.

Paris, 7. Okt. Wie die „Chicago Tribune“ meldet ist Woodrow Wilsons Idee, daß die Land- und Seestreitkräfte aller jener Staaten, die dem Völkerbund angehören, neben ihrer eigenen noch die Flagge des Völkerbundes hissen sollen, von den französischen Delegierten, besonders Paul Boncour, nach ihrer Rückkehr aus Genf wieder aufgenommen worden. Wilsons Vorschlag entsprechend soll die Fahne weiße Sterne verschiedener Größe auf dunkelblauem Grunde zeigen. In irgendeiner Form wird die ganze Frage bei der außerordentlichen Sitzung in der Deutschlands Beitritt geregelt werden soll, aufs Tapet gebracht werden.

Verhaftung völkischer Geheimbündler.

Magdeburg, 9. Okt. Unter dem Verdacht der Geheimbündelei nach § 7 Biffer 4 des Gesetzes zum Schutz der Republik wurden hier eine Anzahl Führer der Deutschvölkischen Partei festgenommen. Es befinden sich darunter Stadtverordneter Dr. Greiner Gewerbebeaufseher Neubauer, Obergerichtsrat Howe Redakteur Mühmeier, Schriftsteller und Arbeiter Bernhard Ketter. Da die Vorermittlungen noch nicht abgeschlossen sind können augenblicklich weitere Mitteilungen über die Art des Vergehens noch nicht gemacht werden.

Was geschieht mit dem Erzbergermörder?

Budapest, 9. Okt. Wie das 8-Uhr-Abendblatt aus Budapest erfährt, ist Heinrich Schulz heute um 1 Uhr aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen und in Freiheit gesetzt worden. Es wird, wie verlautet erwogen ihn auszuweisen oder zu internieren.

Budapest, 9. Okt. Schulz-Führer wurde heute in die Kanzlei des Staatsanwaltes gebracht, wo ihm seine Freilassung verkündet wurde. Das Freilassungsprotokoll wurde unterzeichnet. Schulz-Führer verließ sofort das Gefängnis und soll sich wieder nach Nagytetny begeben haben.

Der deutsche Gesandte Graf Welch ist in Begleitung eines Beamten der Deutschen Gesandtschaft gestern abend nach Berlin abgereist, um der deutschen Regierung mündlich Bericht zu erstatten.

Englische Neuwahlen am 29. Oktober.

London, 9. Oktober. Das Parlament wurde heute vertagt. Die Neuwahlen werden am 29. Oktober stattfinden. Das neue Parlament wird eine oder zwei Wochen darauf zusammentreten.

London, 9. Okt. Macdonald teilte heute nachmittag im Unterhaus mit, daß das Parlament aufgelöst werde. Er erklärte: Ich bedaure, daß die gestern von den zwei Oppositionsparteien unternommene Aktion eine allgemeine Wahl unvermeidbar macht. Ich hatte deshalb heute vormittag eine Audienz beim König und beantragte die Parlamentsauflösung. Der König ermächtigt mich mitzuteilen, daß er einverstanden ist. Diese Mitteilung wurde von der Arbeiterpartei mit lauten Beifallrufen begrüßt. Der Premierminister erklärte weiter, er schlage vor, daß das Haus sich heute nachmittag vertage, und daß die Wahl sofort vorgenommen werde. Die Auflösung heute würde bedeuten, daß die Neuwahlen am 29. Oktober stattfinden werden. Das Unterhaus trat dann nach einer Pause um 6 Uhr wieder zusammen. Geführt vom Sprecher, dem Premierminister, und dem Führer der Opposition Baldwin begaben sich dann die Mitglieder zum Oberhaus, um der Verlesung der Thronrede, in der die Vertagung ausgedrückt wird beizuwohnen. Die Mitglieder des Unterhauses lehnten dann in das Unterhaus zurück, wo die Thronrede vom Sprecher nochmals verlesen wurde und die Vertagung sodann formell verkündet wurde.

Die politische Entwicklung in England hat den vom Premierminister Macdonald gewünschten und herbeigeführten Verlauf genommen. Die Schlacht von Hastings wie die entscheidende Sitzung des Unterhauses in Anspielung auf den Namen des Generalstaatsanwalts genannt wird, der den Mittelpunkt der parlamentarischen Kämpfe bildete, hat mit der von der Regierung erzwungenen Niederlage des Arbeiterkabinetts geendet. Alle Versuche der Liberalen, einer klaren Entscheidung auszuweichen, wurden von Macdonald selbst verhindert der einen scharfen Frontalangriff auf seine Gegner ausführte. So machte er es den Liberalen unmöglich ihren Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Fall Campbell zurückzuziehen und bewirkte dadurch, daß der liberale Antrag mit 364 gegen 198 Stimmen angenommen wurde. Auf diesen Stieb antwortete Macdonald sofort mit dem Gegenanschlag indem er dem König die Auflösung des